

2. Juni 1975

Schreiben an die Kantonsregierungen und an den Kanton Aargau betr.
Wiederherstellung der rechtstaatlichen Ordnung auf dem besetzten
Baugelände für das Kernkraftwerk Kaiseraugst. Hilfesuch für
Polizeikräfte

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Notiz vom
30. Mai 1975

Gestützt auf die Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Auf das Schreiben von Herrn Regierungsrat Lang in Aarau vom
29. Mai 1975 werden nachstehende Schreiben erstellt:

- Aufforderung des Bundesrats an alle Kantonsregierungen, dem
Kanton Aargau mit Polizeikräften auszuhelfen (s. Beilage), und
- Zusicherung des Bundesrats an den Kanton Aargau für Hilfelei-
stung bei der Räumung des Geländes (s. Beilage).

Mitteilung:

An die Kantonsregierungen, durch die Bundeskanzlei

An die Regierung des Kantons Aargau, durch die Bundeskanzlei

Protokollauszug an:

- VED 5 zur Kenntnis
- JPD 3 " "
- EMD 4 " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Schweizer

an alle Kantonsregierungen

Getreue, liebe Eidgenossen,

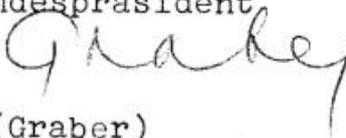
Seit Ostern dieses Jahres ist das Baugelände für das Kernkraftwerk in Kaiseraugst von Angehörigen verschiedener Organisationen widerrechtlich besetzt. Zahlreiche gut gesinnte Kräfte haben sich um eine Verständigung bemüht, leider ohne Erfolg. Der widerrechtliche Zustand in Kaiseraugst kann nicht länger andauern. Wir sind mit der Regierung des Kantons Aargau der Auffassung, dass die rechtstaatliche Ordnung wieder hergestellt und das Baugelände nötigenfalls durch Polizeikräfte geräumt werden muss.

Die Regierung des Kantons Aargau lässt uns wissen, dass ihre Polizeikräfte nicht ausreichen, um diese Aufgabe zu lösen. Gestützt auf Art.16 der Bundesverfassung erwartet sie Hilfe von den andern Kantonen. Wir erachten diesen Appell als begründet und rufen alle Kantonsregierungen auf, ihm zu entsprechen und dem Kanton Aargau die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Die Regierungen der Kantone Zürich und Bern werden zusätzlich ersucht, den Stadtrat von Zürich und den Gemeinderat der Stadt Bern aufzufordern, auch Kräfte ihrer Polizeikorps zu entsenden. Es muss alles getan werden, um die Behörden des Kantons Aargau in die Lage zu versetzen, die rechtstaatliche Ordnung wieder herzustellen. Da die Zeit eilt, sollte die Regierung des Kantons Aargau Euren Bescheid bis spätestens am 10. Juni 1975 haben.

Wir danken Euch für alle Hilfe und Solidarität in dieser Angelegenheit und benützen auch diesen Anlass, um Euch, getreue, liebe Eidgenossen, samt uns, Gottes Machtschutz zu empfehlen.

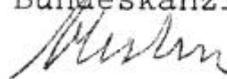
IM NAMEN DES SCHWEIZ. BUNDESRATES

Der Bundespräsident



(Graber)

Der Bundeskanzler



(Huber)

3003 Bern, 2. Juni 1975

à tous les gouvernements cantonaux

Fidèles et chers Confédérés,

Les adeptes de plusieurs organisations occupent illégalement depuis Pâques le terrain où doit se bâtir la centrale nucléaire de Kaiser-augst. De nombreuses personnes bien intentionnées se sont efforcées, mais en vain, d'amener une entente. Cette situation illégale ne pouvant durer, nous pensons, d'accord avec le gouvernement du canton d'Argovie, que l'ordre légal doit être rétabli et qu'il faut avoir recours à la police au besoin pour faire évacuer le terrain.

Le canton d'Argovie nous informe que son corps de police n'est pas suffisant pour accomplir cette tâche. Se fondant sur l'article 16 de la constitution fédérale, il requiert le secours des autres cantons. Nous considérons cet appel comme justifié et invitons tous les gouvernements cantonaux à y donner suite et à mettre à la disposition du canton d'Argovie les forces de police nécessaires. De plus, il est requis des cantons de Zurich et de Berne d'inviter les conseils municipaux de Zurich et de Berne à envoyer aussi des agents de leur propre police. Il faut tout mettre en oeuvre pour permettre aux autorités argoviennes de rétablir l'ordre légal. Vu que le temps presse, le gouvernement du canton d'Argovie devrait connaître votre décision jusqu'au 10 juin 1975 au plus tard.

Nous vous remercions de votre aide et de votre solidarité en l'occurrence, et saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander, avec nous, à la protection divine.

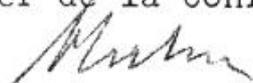
AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération



(Graber)

Le Chancelier de la Confédération



(Huber)

3003 Berne, le 2 juin 1975

An die
Regierung des Kantons Aargau
5000 A a r a u

Sehr geehrter Herr Landammann,
sehr geehrte Herren Regierungsräte,

Zur Wiederherstellung der rechtstaatlichen Ordnung auf dem besetzten Baugelände für das Kernkraftwerk in Kaiseraugst richteten Sie am 26. Mai 1975 ein Hilfesuch an uns. Sie stützten sich auf Art.16 der Bundesverfassung.

Wir sind mit Ihnen einig, dass der widerrechtliche Besetzungszustand nicht mehr lange andauern kann. Falls eine Verständigung und der Abzug der Besetzer nicht doch noch zustande kommt, muss das Baugelände polizeilich geräumt werden. Hiefür ist Ihre Behörde zuständig. Sie weisen aber nachdrücklich darauf hin, dass die Polizeikräfte Ihres Kantons nicht ausreichen, um diese Aufgabe zu lösen.

Wir sind bereit, Ihnen unsere Mitwirkung zuzusagen. So haben wir beschlossen, entsprechend Ihrem Gesuch, alle Kantonsregierungen aufzufordern, Polizeikräfte zur Durchführung dieser Räumung zur Verfügung zu stellen. Ebenso werden über die beiden Kantonsregierungen auch die Stadtbehörden von Zürich und Bern um Mithilfe gebeten, weil die Mitwirkung dieser zwei städtischen Korps von Bedeutung ist.

Wir sind grundsätzlich bereit, Ihnen entsprechend Ihrem Schreiben Armeematerial, nämlich:

Transportfahrzeuge für Mannschaft und Material, die mit zivilen Schildern von Polizeifahrern gefahren würden;

Stacheldrahtrollen und anderes Sperrenmaterial;

sowie Unterkunft für Polizei-Teilkräfte in den Kasernen Aarau, Brugg, Zürich etc.

zur Verfügung zu stellen und bitten Sie, Ihre entsprechenden Begehren dem Eidg. Militärdepartement einzureichen.

Ferner haben wir vorgesehen, dass Ihnen ein Generalstabsoffizier zur Verfügung gestellt wird, und ermächtigen Sie, diese Angelegenheit direkt mit dem Eidg. Militärdepartement zu regeln.

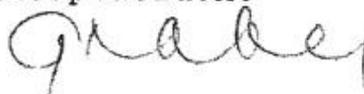
Die Frage des Helikoptereinsatzes ist in Prüfung.

Aus diesen Darlegungen ersehen Sie, dass wir bereit sind, Ihre Aktionen zur Wiederherstellung der rechtstaatlichen Ordnung in Kaiseraugst zu unterstützen. Die Durchführung der Aktionen ist durch Sie zu planen und zu leiten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landammann, sehr geehrte Herren Regierungsräte, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

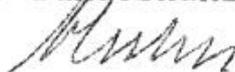
IM NAMEN DES SCHWEIZ. BUNDESRATES

Der Bundespräsident



(Graber)

Der Bundeskanzler



(Huber)

3003 Bern, 2. Juni 1975